

## Wahlprogramm CDU/CSU 2021

### Zusammenfassende Einschätzung

#### Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung, Bürokratieabbau

Dem Anspruch, aus der Pandemie heraus zu wachsen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder anzukurbeln, wird die Union in Ansätzen im Bereich **„Arbeitsmarkt“** gerecht. Statt auf Regulierung flexibler Beschäftigung, wird auf deren Beibehaltung und im Fall der Zeitarbeit auf deren Ausweitung gesetzt. Ebenso richtig sind die Positionen zur Reform des Arbeitszeitgesetzes und der Reform der Hinzuverdienstregelungen bei Hartz-IV. Positiv ist zudem die klare Aussage für eine Lohnnebenkostenbremse von max. 40 Prozent.

Relativ unkonkret wird es dagegen im Bereich der **„sozialen Sicherung“**, vor allem bei der Rente. Es gibt kein Bekenntnis zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass die Union die Frage nach der Zukunftsfähigkeit bei der Rente nochmalig in Kommissionen oder Beiräte auslagern will. Zum dann vierten Mal soll sich nach dem Willen der Union zudem eine Bundesregierung mit der Altersvorsorge für Selbständige beschäftigen. Konkrete Hinweise zu möglichen Opt-Out-Produkten gibt die Union dabei nicht. Positiv zu bewerten sind dagegen die Aussagen an eine Absage an eine Bürgerversicherung im Bereich Gesundheit, den stärkeren Fokus auf die Eigenvorsorge im Pflegefall und die Verlängerung des Pflegefonds.

Im Bereich des **„Bürokratieabbaus“** übernimmt die Union mit den Erleichterungen für Gründer, mit den Angleichungen der Schwellenwerte im Arbeits- und Sozialrecht und mit der „one in, two out“-Regelung zentrale Forderungen unseres Verbandes.

Insgesamt ist die Union mit ihren Positionen im Bereich des „Arbeitsmarktes“ und der „sozialen Sicherung“ näher an der FDP als an den Grünen, wenn man „Jamaika“ rechnerisch als wahrscheinlichste Koalitionsoption annimmt. Insbesondere die Forderungen bei der flexiblen Beschäftigung, beim Arbeitszeitgesetz, die Absage an die Bürgerversicherung und die Beibehaltung des Pflegefonds dürften für die Grünen ein „rotes“ Tuch darstellen. Auffällig im Programm der Union ist schließlich, dass die Mindestlohn-Thematik nicht erwähnt wird.

#### Arbeitsmarkt

- Prüfung der Öffnung der Zeitarbeit für ausländische Fachkräfte (**positiv**)
- Beibehaltung der sachgrundlosen Befristung (**positiv**)

- Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, strikte Trennung von Fachkräftezuwanderung und Asyl **(positiv)**
- Reform des Arbeitszeitgesetzes mit der Orientierung am EU-Rechtsrahmen. Wechsel von der Tageshöchst- zur Wochenhöchst Arbeitszeit **(positiv)**
- Mehr Frauen in Führungspositionen durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Z. B. Auszeiten für Mutterschutz, Elternzeit etc. auch für Mitglieder von Aufsichtsräten und Vorständen **(positiv)**
- Neujustierung der Hinzuverdienstregeln bei Hartz-IV **(positiv)**

## Soziale Sicherung

- Lohnnebenkosten bei max. 40 Prozent stabil halten **(positiv)**
- Ein „Alterssicherungsbeirat“ soll sich um die Zukunft der Rente kümmern und dabei zwar alle drei Säulen in den Blick nehmen, vor allem aber Haltelinien für Rentenniveau und Beitragssatz empfehlen (der Fokus auf die Haltelinien ist zu eng gefasst, weitere Stellschrauben drohen außen vor zu bleiben) **(unkonkret)**
- Stärkere Anreize für längeres Arbeiten **(unkonkret)**
- Zu- und Abschläge bei der Rente sollen versicherungsmathematisch korrekter abgebildet und in der Renteninformation transparenter gemacht werden **(positiv)**
- Altersvorsorgepflicht für Selbständige **(unkonkret)**
- Standardprodukt bei der privaten Altersvorsorge mit Opt-Out **(unkonkret)**
- Absage an eine Bürgerversicherung im Bereich Gesundheit **(positiv)**
- Einführung einer betrieblichen Pflegezusatzversicherung, Stärkung der privaten Vorsorge bei der Pflege **(positiv)**
- Verlängerung des Pflegefonds bis 2050 **(positiv)**

## Bürokratieabbau

- Aufbewahrungsfristen im Steuer- und Handelsrecht auf fünf Jahre verkürzen **(positiv)**

- Schwellenwerte im Arbeits- und Sozialrecht, die sich an der Betriebsgröße orientieren, sollen vereinheitlicht werden **(positiv)**
- Bürokratiefreies erstes Jahr und minimale Bürokratie (Ausnahmen vor allem im Steuer- und Arbeitsrecht) im zweiten Jahr für Gründer **(positiv)**
- Weiterentwicklung des „one in, one out“-Prinzips zu einem „one in, two out“-Prinzip **(positiv)**
- Eins zu Eins Übernahme von Vorgaben der EU **(positiv)**

## Haushalt & Steuerpolitik

Im Vorfeld war in Fachkreisen befürchtet worden, dass das Steuerkapitel der CDU eher dünn ausfällt und die Union damit zu wenig Puffer für Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90 / Die Grünen hat. Wir finden jetzt aber doch einen ganzen Blumenstrauß an sehr begrüßenswerten Forderungen. Clever seitens Partei genau diese Version des Entwurfs durchzustechen inklusive zahlreicher Hinweise auf die Finanzintensivität der Forderungen. Wenn diese Forderungen am Montag nicht mehr im Programm enthalten sind, kann dies als Signal „pro ausgeglichenem Haushalt“ verstanden werden. Allgemein nimmt die CDU viele Forderungen auf, die uns schon aus dem FDP-Programm bekannt vorkommen - ergänzt diese aber erfreulicherweise mit klaren Aussagen auch zur Thematik Haushaltspolitik, was bei den Liberalen gänzlich untergegangen ist.

Einer Vermögensteuer erteilt die Union eine klare Absage und schlägt als Gegenprojekt Maßnahmen zum Aufbau von Vermögen für „Jedermann“. Diese konstruktive Herangehensweise ist begrüßenswert.

Wenig überraschend ergibt sich aus dem Themenkreis Steuern & Haushalt nahezu nur Anschlussfähigkeit zur FDP. Gleichzeitig ist jetzt aber im „Wettrüsten“ der Parteien auch auf Seiten der Union ausreichend Verhandlungsmasse für Koalitionsverhandlungen mit den Grünen vorhanden, sodass es nicht zwingend auf den Deal: Keine Vermögensteuer dafür Steuererhöhung hinauslaufen muss

Im Einzelnen:

### Steuern

- „Steuererhöhungen erteilen wir eine klare Absage“ (!!!)
- Rechtsformneutralität: Thesaurierungsbegünstigung verbessern, Anrechnung Gewerbesteuer (*schade: keine Konkretisierung*)
- Reduzierung Niedrigsteuergrenze im AStG (*schade: keine Konkretisierung*)

- Soli für alle schrittweise abschaffen (finanzintensiv, ca. 10 Mrd. Euro/Jahr)
- Ausweitung Verlustrücktrag (3 Jahre, 50/100 Millionen) – (finanzintensiv)
- *Anschluss zu den Grünen:* Sonderabschreibungen auf Investitionen in Klimatechnologien/Energieeffizienz (finanzintensiv)
- statt Vermögensteuer: allen Menschen...wir werden sie dabei unterstützen...ein Vermögen aufzubauen.
- Arbeitnehmerpauschbetrag erhöhen (1250 Euro), ESt-Tarif strecken, Grenzsteuersatz 42 % soll später starten
- Ziel: grundlegende Reform ESt-Tarif (finanzintensiv)
- Vermögensteuer: „Wir lehnen zusätzliche Lasten wie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Eine Vermögensteuer würde uns alle treffen: Sie würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter belasten und (...). Sie würde Betriebsvermögen belasten und somit Arbeitsplätze für alle gefährden. (...) Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse.“
- Stattdessen: Vermögensaufbau für alle attraktiv gestalten durch Stärkung Mitarbeiterbeteiligung; statt „allen Menschen...wir werden sie dabei unterstützen...ein Vermögen aufzubauen.“

## Haushalt

- Klares Bekenntnis zur Schuldenbremse
- Kampfansage an die Grünen: „Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der Schuldenbremse lehnen wir ab“
- Ausgabenmoratorium
- solide Finanz- und Haushaltspolitik als „Markenkern“

## Digitalisierungs- und Innovationspolitik

Man merkt dem Programm, insbesondere bei der Digitalisierungspolitik, das Bemühen an, dass die CDU als Modernisierer wahrgenommen werden will. Entsprechend progressiv liest sich das Programm, leider bleibt es oftmals sehr vage und nährt den Eindruck mehr Rhetorik zu sein als wirklich strukturell etwas ändern zu wollen – und zu können (!). V.a. bei der breit angekündigten Staats- und Verwaltungsreform bleiben doch noch viele Fragezeichen. Inwiefern das Ausrufen eines „Modernisierungsjahrzehnts“ von einer Partei glaubhaft ist, die die letzten 16 Jahre regiert hat, bleibt dahingestellt.

Anschlussfähigkeit ist es sowohl an die Grünen als auch an die FDP (Digitalisierungsförderung durch Geld ausgeben), allerdings mit etlichen Aspekten, die nicht mit den Grünen (Datenschutz) und den Liberalen (Kompetenzen der Cybersicherheitsbehörden) zu vereinbaren sind – Sollbruchstellen sind also vorgezeichnet.

Ansonsten greift es viele Elemente und Ideen auf, die seit Monaten kursieren und insbesondere aus der Fraktion stammen (zu finden etwa „Neustaat“ von Thomas Heilmann und Nadine Schön) – und durchaus positiv sind (z.B. Daten als Wettbewerbsfaktor).

Insgesamt ist das Programm im Innovationsbereich eine Basis mit der gearbeitet werden kann, keine größeren inhaltlichen Verwerfungen, jetzt kommt es auf Detailfragen und die Auslegung an. Das Bekenntnis zum Unternehmertum als Quelle und Treiber von Innovation und technologischer Transformation könnte noch deutlicher ausfallen. Der Finanzmarktbereich ist (noch) dünn, besonders fragwürdig hierbei die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer. Bekenntnis zur Schuldenbremse.

## Im Einzelnen

- Viel Platz nimmt die Förderung von Forschung und Innovationen ein: „Zentral ist dabei unser Ziel, bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung zu verwenden.“ Die steuerliche Forschungsförderung soll verdoppelt werden und die Bemessungsgrundlage damit auf 8 Millionen Euro pro Unternehmen steigen.
- Für jeden Euro, den ein Unternehmen, eine Hochschule oder eine Forschungseinrichtung in Sprunginnovationen (KI, EcoTech, Robotik u.Ä.) investiert, soll der Staat ein Jahr lang ein weiterer Euro obendrauf gelegt werden („Double Innovation“)
- Sehr gut: Datenschutz darf kein Super-Grundrecht sein, eine „übertriebene Auslegung von Datenschutzerfordernissen“ dürfe nicht dazu führen, Innovationen zu hemmen und Verfahren bürokratisch zu verlangsamen. Zudem müsse es europaweit einheitlich ausgelegt werden.
- das Papier fordert ein „Bundesministerium für digitale Innovation und Transformation“, jedoch scheint es nicht vorgesehen, die digitalpolitischen Kompetenzen aus anderen Häusern dort zu versammeln – es soll lediglich koordinieren und „konkrete digitalpolitische Projekte“ wie die Corona-Warn-App und den elektronischen Personalausweis begleiten, es bleibt bei einem wirkungsarmen Ministerium, welches sich in seinen Durchgriffsrechten wenig von der bisherigen Konstruktion unterscheidet – nicht überzeugend und sicherlich auch im Lichte der Ressortverteilung mit der CSU zu sehen
- Gut: Reform des Dienstrechts in der öffentlichen Verwaltung, Digital-TÜV für Gesetze, „Digitale Vorfahrt“ (alles, was digital werden kann, soll digital werden), Betonung der Bedeutung des bundesweiten Unternehmenskontos und elektronischer Identitäten, offene Lösungen (Open Source) angestrebt

- Auch gut: Die Staatsmodernisierung soll durch die Schaffung klarer Verantwortlichkeiten, effizienter Verwaltungsstrukturen, schnellerer Verfahren, einer neuen Innovationskultur und v.a. einer Föderalismusreform geschaffen werden: „Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen“. Die Frage bleibt, inwiefern es aber tatsächlich Strukturen adressiert oder nur repariert (z.B. Zusammenfassung kommunal relevanter Förderprogramme auf einer Plattform, um beantragt zu werden)
- Die digitale Bildung konzentriert sich hauptsächlich auf eine (wenig innovative) nationale Bildungsplattform – ausgeklammert wird, wie unter den Strukturbedingungen des (Bildungs-)Föderalismus die Digitalisierung tatsächlich vorangetrieben werden kann
- KI-Förderung bezieht sich wenig auf die Regulierung als vielmehr die finanzielle Förderung (z.B. Aufbau eines KI-Campus)
- Stärkung der Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND) durch mehr Freiheiten, einen Globalhaushalt etc.
- Ein Transferfreiheitsgesetz soll bürokratische Hürden für Gründer aus Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen abbauen, „vor allem im Beihilfe- und Gemeinnützigkeitsrecht“
- Positiv: Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung etwa durch Freibetrag von 3.500 EUR (auch hier hatte die Union lange Zeit ...), negativ: Der Zukunftsfonds soll ausgebaut werden.
- Fähigkeit zum „Hackback“: Im Falle eines schweren Cyberangriffs, sollen die Behörden „aktiv auf die Ursache einwirken können, um sie zu beenden“, Aufwuchsplänen für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) – gut hingegen: Weiterentwicklung des Nationalen Cyber-Abwehrzentrum, so, „dass es in komplexen Schadenslagen bundesweit die Federführung übernehmen und eine einheitliche Abwehr von Gefahren und Angriffen koordinieren kann“.
- Fiskalische Förderung von Digitalanschaffungen: Anhebung der Höchstgrenzen beim Verlustvortrag, Wiedereinführung der degressiven Abschreibungsregeln für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens
- Mobilfunk-Netzausbau: „Unser Ziel ist es, bis spätestens 2024 alle weißen Flecken mit stationären oder mobilen Masten zu beseitigen und das Prinzip `neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung` gesetzlich festzuschreiben.“ Genehmigungsverfahren sollen digitalisiert und damit beschleunigt werden.

## Finanz- und Kapitalmarkt

- Skepsis (?) gegenüber Sustainable Finance: „Europäische Finanzmarktregulierung (Taxonomie) bedarf präziser globaler Wettbewerbsanalysen. Zusätzliche Bürokratielast muss die Europäische Kommission vermeiden.“
- Gut: Digitale Innovationen und Finanzplatz Deutschland stärken durch Verbesserung der Regulatorik und der Rahmenbedingungen
- Negativ: Für eine europäische Finanztransaktionssteuer, wenn auch: „Sie darf jedoch Kleinanleger und die private Altersvorsorge nicht belasten.“
- Positiv: Vermögensbildung für jeden, Bekenntnis zur Schuldenbremse

## Europapolitik

Die Union wünscht sich ein handlungsfähiges, aktiveres Europa. Asien ist die Herausforderung, China mitunter der Gegner, Partner sind die USA und das UK. Europa soll „besser“, „stärker“, und „handlungsfähiger“ werden. Europa soll für (Cyber-) Sicherheit stehen. In der Außen- und Sicherheitspolitik soll es deshalb den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen geben. Bezüglich der Größe der EU gilt Vertiefung vor Erweiterung. Etwas Angst macht einem der Wunsch nach einer EU-Klimaaußenpolitik samt eines Beauftragten.

Der Green Deal wird sehr unkritisch als Wachstumsmotor verkauft, erfreulicherweise will man auf Marktinstrumente setzen und Anreize statt Verbote wirken lassen.

Die Gedanken zum Euro und der Finanzpolitik lesen sich gut, allein hat die Union auf diesem Gebiet durch Regierungshandeln ihre Glaubwürdigkeit weitgehend verbraucht. Man fragt sich, wer das Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstumspakt oder die geplante Ermessenreduzierung bei Defizitverfahren mit Taten unterlegen wird. Ein Lob für das 750 Mrd. € Paket und die Selstvergewisserung, dass die gemeinschaftliche Verschuldung einmalig bleiben soll, zeigen die Orientierungslosigkeit der Union in europäischen Finanzfragen.

Es gibt einen formelhaften Verweis auf die Unabhängigkeit der EZB und den Ausschluss von Staatsfinanzierung, kein Kommentar liest man hingegen zu den bisher getätigten Staats- und wettbewerbsverzerrenden Unternehmensanleihekäufen der EZB. Mit der Union geht die geldpolitische Irrfahrt der EZB weiter.

Bedingung zur Vollendung der Bankenunion soll richtigerweise die Eigenkapitalunterlegungspflicht für Staatsanleihen sein. Angela Merkel muss diesen Punkt seit 2010 beharrlich übersehen haben. Sehr schön ist, dass es eine praxistaugliche Lösung für die A1-

Bescheinigung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit geben soll, nachdem diese praxisfeindlich in Werk gesetzt wurde.

Europa soll über Handelsabkommen (schönes Bekenntnis zu CETA und Mercosur sowie ein starkes Plädoyer für ein Abkommen mit den USA) den weltweiten Handel stärken. Ebenso soll der gemeinsame europäische Einfluss auf Handelspartner bzw. konkurrierende Wirtschaftsräume gesteigert werden. Der angekündigte Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzaspekte sollte deutlich besser durchdacht sein als die Überwälzung der Verantwortung auf die Unternehmen beim schlecht gemachten deutschen Lieferkettengesetz in der laufenden Legislatur. Unter Nennung der erwartbaren Branchen und Produkte (Halbleiter, Batterien etc.) soll Europa nach dem Willen der Union durch Industriepolitik nach vorne gebracht werden, dazu wird eine Schleifung des europäischen Wettbewerbs- und Beihilferecht angedeutet, angeblich um mit anderen ähnlich staatsfinanzierten Wettbewerbern international gleichziehen zu können.

Ermutigend ist, dass man in der Sozialpolitik maximal Angleichungen der Standards mitgehen möchte und eine klare Absage an eine europäische Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung ausspricht. Die Union sieht hier die Mitgliedstaaten in der Verantwortung.

## Klima, Energie und Verkehr

Auch wenn das Programm der CDU/CSU an einigen Stellen relativ vage bleibt, so geht die Linie doch in die richtige Richtung. Mit der Fokussierung auf das Leitinstrument des europäischen Emissionshandels sowie dessen Ausweitung verfolgt die Union die marktwirtschaftliche Linie, die im Übrigen auch wissenschaftlich befürwortet wird. An vielen Stellen lassen sich darüber hinaus innovative Ansätze erkennen, die – politisch nicht unumstritten – einen großen Beitrag zum Klimaschutz erbringen können. Leider möchte auch die Union einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich einführen, der für die Exportnation Deutschland fatale Auswirkungen haben kann. Hier wäre andere Instrumente besser geeignet um Klimaschutz und Wirtschaft zu stärken. Ebenso sind die Carbon-Contracts-for-Difference abzulehnen, die nur kleinen Teilen der Wirtschaft nützen werden, während andere dafür zahlen werden. Ein Bekenntnis zur Abschaffung der EEG-Förderung sucht man leider vergebens. Die Reform und Ausrichtung der Abgaben, Umlagen auf Steuern auf das Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduzierung ist sinnvoll und überfällig. Auch die an einigen Stellen gezeichnete Technologieoffenheit ist gut aber ausbaufähig. Das ist insbesondere auch im Verkehrsbereich ein Manko, indem leider weiter einseitig auf die E-Mobilität abgestellt wird. Auch die Union verlässt sich im Bahnverkehr maßgeblich auf den Staatskonzern Deutsche Bahn, wobei sowohl die Marktwirtschaft als auch die Erfahrungen der letzten Jahre vielmehr für die Trennung von Netz und Betrieb sowie Wettbewerb unter den Bahnunternehmen sprechen.

Auch wenn im Detail einige Aspekte sehr diskussionswürdig sind, so ist die Union mit der großen Linie auf dem richtigen Weg.